

<b>Teilnehmer</b>	Abgeordnete Herren Arp (bis Mitte TOP 3), Dr. Breyer, Meyer, Dr. Tietze, Vogel (ab Mitte TOP 2), Vogt Herren Dr. Nägele, Sörensen, Reestorff, MWVAT Frau Coordes, Frau Gröschel, Herren Fiedel, Schulze, Wewers, NAH.SH
<b>Gäste</b>	Frau Thiede, Mitarbeiterin der FDP-Fraktion
<b>Datum</b>	27.04.2015
<b>Ort</b>	Schleswig-Holsteinischer Landtag, Raum 139

Herr Vogt begrüßt die Teilnehmer. Herr Wewers informiert

- zum Streik der GDL der vorherigen Woche, bei dem 2/3 der Züge nicht gefahren wären. Der Ersatzfahrplan der Deutschen Bahn habe funktioniert, so dass sich die Beschwerdelage im NAH.SH-Kundendialog in Grenzen gehalten habe.
- über das neue Fernverkehrskonzept der DB AG. Es enthalte eine Ausweitung der IC-Verkehre und sei grundsätzlich positiv zu bewerten. Offen sei die Finanzierung des Angebots.

### 1. Fahrplanwechsel 14.12.2014 (Herr Wewers)

Anhand der dem Protokoll beigefügten Charts erläutert Herr Wewers die Veränderungen und Erfahrungen des Fahrplanwechsels zum 14.12.2014.

Im Netz Mitte sei der Fahrplan deutlich verändert worden. Die Idee: Für lange Reiseweiten Richtung Hamburg führen schnelle Züge, die nicht überall hielten und dadurch nicht mehr so überfüllt seien. Für die Pendler aus dem unmittelbaren Hamburger Umland führen neue Züge der nordbahn, die speziell auf die Bedürfnisse der Pendler, u. a. mit mehr Sitzplätzen, ausgerichtet seien. Die Fachleute bewerteten dieses Konzept als gut.

Die Betriebsaufnahme der nordbahn sei nicht einwandfrei gelungen, im bundesweiten Vergleich würde der Betriebsstart dennoch als relativ zufriedenstellend bezeichnet, auch wenn Land und NAH.SH GmbH keinesfalls zufrieden gewesen seien. Im Dezember wäre die Ausfallquote noch stark von den zu spät gelieferten Fahrzeugen beeinflusst gewesen, im April hätte die möglicherweise schadhafte Oberleitung des Netzbetreibers einige Fahrzeuge der nordbahn beschädigt.

Der anfänglich schlechte Pünktlichkeitswert habe sich verbessert, jedoch noch nicht die verlangten 95 Prozent dauerhaft erreicht. Der Wert schwanke noch, das Unternehmen benötige nach eigener Aussage sechs Monate für einen stabilen Betrieb.

Herr Dr. Tietze lobt das sachliche Eingehen der NAH.SH auf die unzufriedene Stimmung in Glücksstadt und den Bürgerdialog vor Ort mit verschiedenen Veranstaltungen.

Die NAH.SH bemängelt, dass die Ansage und Anzeige von Unregelmäßigkeiten der nordbahn auf den Bahnsteigen der dafür zuständigen DB Station & Service nur unzureichend funktioniere; dieses Manko müsse auch offiziell angesprochen werden.

Das von den Abgeordneten angesprochene Problem der Bahnsteigkarte für S-Bahnstationen am Beispiel Pinneberg fällt in die Zuständigkeit des HVVs, nach Kenntnis der NAH.SH sei der HVV dabei, das Thema zu regeln bzw. die Bahnsteigkartenpflicht abzuschaffen.

## 2. Stand Ausschreibung Netz West (Herr Schulze)

Herr Schulze stellt den Stand der zweiteiligen Ausschreibung mit den beigefügten Charts dar. Der Fahrzeugbereitsteller Paribus beschaffe derzeit bei Bombardier die Lokomotiven. Für die Fahrleistung (Teil II) hätten die drei Bieter DB, NOB und Abellio, eine Tochter der niederländischen Staatsbahn, am 22.04.2015 ihre Angebote abgegeben.

Den Zeitplan der NAH.SH schildert Herr Dr. Nägele wie folgt:

- |   |           |
|---|-----------|
| a) Ergebnis der Auswertung von NAH.SH an MWAVT: | Juni 2015 |
| b) Prüfung MWAVT:                               | Juli 2015 |

Er schlägt für den Juli vor den Parlamentsferien ein vertrauliches Gespräch mit den verkehrspolitischen Sprechern der Fraktionen vor.

In der folgenden Diskussion wird noch einmal verdeutlicht, dass die Ausschreibung Optionen enthielt, die angeboten werden mussten, und Optionen enthielt, die angeboten werden konnten, sofern die Bieter dies selbst für sinnvoll bzw. realisierbar hielten. Zusätzliche Halte in Glückstadt waren eine „Kann“-Option, da sie nach Ansicht der NAH.SH GmbH technisch nicht realisierbar sind, den Bietern jedoch die Möglichkeit gegeben werden sollte, dies selbst zu beurteilen. Für die „Kann“-Option Glückstadt wurde ein Wertungsbonus angeboten.

Der Zuschlag erfolge – gemäß Vergaberecht – auf das wirtschaftlichste Angebot (d.h. günstigster Preis nach Berücksichtigung von Wertungsauf- und -abschlägen). Ein Angebot, in welchem der Bieter die Option Glückstadt gezogen habe, könne nur dann bezuschlagt werden, wenn es das insgesamt wirtschaftlichste Angebot ist. „Muss“-Optionen, die alle Bieter anzubieten hatten, könnten während der Vertragslaufzeit gemäß den vertraglichen Bestimmungen vom Land hinzubestellbar werden. Herr Wewers bedauert es in diesem Zusammenhang, dass die Abgeordneten nur vereinzelt die Möglichkeit, in die Ausschreibungsunterlagen Einsicht zu nehmen, genutzt hätten.

## 3. Stand Sylt-Shuttle (Herr Schulze)

Herr Schulze trägt zum Thema „Sylt-Shuttle“ vor (Charts anbei). Er erläutert dabei, dass RDC für den Autozug 11 Rahmenvertragstrassen pro Tag (in Tagesrandlagen), der SPFV 4 Trassen pro Tag und der SPNV durchschnittlich 3 Trassen pro Stunde erhalten habe. Damit seien für den vom Land bestellten SPNV fast alle erforderlichen Trassen rahmenvertraglich gesichert worden.

Herr Wewers stellt ein zusammenfassendes Papier für die Beiratsmitglieder in Aussicht, in dem häufige Fragen zum Autozug beantwortet werde und das mit dem MWAVT abgestimmt sein werde.

Herr Dr. Nägele hebt hervor, dass RDC derzeit irreführende Pressemitteilungen veröffentliche und dass es sich bei der Trassenvergabe Richtung Sylt um eine spezielle, in Deutschland einzigartige Situation handele, da die Schienenverbindung die einzige Anbindung an das Festland darstelle. Es stelle sich die Frage, ob dafür eine Sonderregelung im Allgemeinen Eisenbahngesetz notwendig sei, da nach derzeitigem Recht der Gewinner des Rahmenvertrages nicht verpflichtet sei, die Verkehrsleistung zu erbringen.

Herr Dr. Tietze begrüßt die Erstellung des Übersichtspapiers, stellt einen fraktionsübergreifenden Konsens für die Grundversorgung der Insel Sylt fest und tadelt die Untätigkeit des Monopolisten DB AG der letzten 40 Jahre.

#### 4. Aktuelles

##### – KONUS-Card (Herr Fiedel)

Herr Fiedel berichtet über ein in Schleswig-Holstein angestrebtes Pilotprojekt zum fahrscheinlosen Nahverkehr für Touristen, das die erfolgreiche KONUS-Card aus dem Schwarzwald zum Vorbild hat. Dort wird pro Übernachtung ein Betrag zur Finanzierung der Nahverkehrsnutzung abgeführt, so dass der Übernachtungsgast damit den ÖPNV ohne weitere Fahrkarte in Anspruch nehmen kann. Momentan werde auf die Rückmeldung an der Teilnahme interessierter Orte aus der Pilotregion an der Westküste gewartet, so dass die Entscheidung über einen Pilotstart voraussichtlich noch vor dem Sommer getroffen werden könne.

Herr Dr. Tietze informiert, dass er beim wissenschaftlichen Dienst des Landtages bereits vor geraumer Zeit ein Gutachten in Auftrag gegeben habe, dass eine Nahverkehrsabgabe in ganz Schleswig-Holstein untersuchte. Er bietet an, das Gutachten den Abgeordneten zur Verfügung zu stellen.

##### – Verkehrsverbund NAH.SH (Frau Coordes)

Frau Coordes informiert über die Arbeitsaufnahme des Verkehrsverbundes. Der Verbundausschuss habe erstmals getagt und angefangen, die Themen und Arbeitskreise der nächsten Wochen zu priorisieren. Vertieft werden solle dies in einem Themenworkshop am 04.05.2015. Weiterhin veranstalte die NAH.SH GmbH aufgrund der Vielzahl aktueller Anfragen zu den Themen Finanzierung und Vergabe von Nahverkehrsleistungen für die Gesellschafter bzw. Aufgabenträger einen weiteren Workshop. Hierbei solle die Frage behandelt werden, wie die Finanzierung für die Verkehrsunternehmen rechtssicher gestaltet werden könne. Dabei solle die Fallunterscheidung „Vergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages“ gegenüber dem Erlass einer „Allgemeinen Vorschrift“ herausgearbeitet werden.

Herr Dr. Nägele greift dies mit der Feststellung, dass das Thema „Allgemeine Vorschrift“ aktuell den politischen Raum erreicht habe, auf. Zur Finanzierung per Allgemeiner Vorschrift in einem konkreten Anwendungsfall habe die NAH.SH eine kritische Stellungnahme abgegeben und dem Aufgabenträger empfohlen, einen anderen Weg zu wählen.

##### – Bürgerbusse

Herr Dr. Breyer spricht „Bürgerbusse“ an. Herr Dr. Nägele versteht dies als ein Landesthema und bezeichnet einen Bürgerbus als die Möglichkeit, die greifen könne, wenn alle anderen ÖPNV-Verkehre nicht möglich sind. Klar sei jedoch auch, dass Bürgerbusse nicht verordnet werden können, sondern von den Regionen initiiert werden müssen.

Herr Vogt bedankt sich für die Diskussion und schließt die Sitzung.

Bernhard Wewers, den 18.05.2015

#### Anlage:

Folien der heutigen Sitzung